

Diskussionsbeitrag zum 1. Programmkonvent Sachsen der LINKEN am 26. 6. 2010

(Evtl. Vorstellung der AGPB Oberlausitz und in Verbindung damit KPB beim Parteivorstand und beider Aktivitäten mit Blick auf die Programmdebatte.

Hinweis auf Flyer „Die LINKE lernt“ mit Vorstellung der KPB)

Ausgehend von den Hinweisen von R. Gebhardt und den Vorstellungen der AK-Moderatoren – von denen kaum einer die Eigentumsfrage unterließ zu nennen - möchte ich heute in dieser Debatte zur Eigentumsfrage im Programmentwurf sprechen.

Es ist sicher nicht übertrieben, dass das Kapitel III des Programmentwurfs mit „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“, in dem die Eigentumsfrage einen zentralen Platz einnimmt, gegenüber z. B. dem Chemnitzer Programm der PDS eine bedeutende Weiterentwicklung darstellt. Damit hat die Eigentumsfrage einen zentralen Platz in diesem Programmentwurf – wie auch schon in anderen bedeutenden Parteiprogramme, etwa im Manifest der Kommunistischen Partei oder im Gothaer Programm einschließlich der berühmten Marxschen Kritik. (Die breite Behandlung der Eigentumsproblematik unter der Überschrift „Demokratischer Sozialismus des 21. Jahrhunderts birgt in sich aber die Gefahr, das Wesen des demokratischen Sozialismus auf die Eigentumsfrage zu beschränken; hiergegen wäre ein methodischer Hinweis angebracht.)

1. Zunächst liegt dem Programmentwurf eine bedeutende **Weiterentwicklung des Eigentumsbegriffs** vor alle, seit der Diskussion um das jüngste PDS-Programm von 2003 zu Grunde (das steht natürlich so nicht alles ausdrücklich im Entwurf):
 - Was den Begriff an sich angeht, war uns eigentlich schon immer klar, dass es sich bei Eigentum um mehr als nur das Haben, oder Nichthaben, den Besitz oder Nichtbesitz von Dingen handelt. Vielmehr ist Eigentum **Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen**, aus denen sich auch politische Macht ableitet. Eigentum bestimmt das Wesen der gesellschaftlichen Verhältnisse. Es ist der Kern der Produktionsverhältnisse, die auch Klassen-, Verteilungs- und politische Verhältnisse bestimmen. Dem entspricht auch der Grundsatz, wonach Politik konzentrierter Ausdruck der Ökonomie ist.
 - Auch hinsichtlich des **Objekts, des Gegenstands des Eigentums** erfolgte wenigstens in dreifacher Hinsicht eine bedeutende Weiterentwicklung. Das bezieht sich **einerseits** auf die Produktionsmittel, die heute nicht mehr an Beispielen des Manchesterkapitalismus erklärt werden sollten, sondern sie umfassen vor allem die Grundlagen der Informations- und Kommunikationstechnologien; demnach sind auch Patente, Lizenzen, now how, software, Informationen, wissenschaftliche Erkenntnisse... Gegenstand des Eigentums. **Zweitens** geht der Gegenstand des Eigentums wesentlich über den Bereich der Produktionsmittel hinaus: Wirtschaftliche Macht wird nämlich auch durch Verfügung über Bildungs- Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen der Bevölkerung mit Wasser, Energie, Wohnungen ausgeübt, wie das täglich Leben nachhaltig beweist. Und **drittens** sind – das hat die jüngste Wirtschaftskrise nachdrücklich demonstriert – auch Finanzen und deren Einrichtungen wie Staatshaushalt, Banken und Börsen sowie Versicherungen zu bedeutenden wirtschaftlichen Machtressourcen.

2. Der Programmentwurf gliedert die **im realen Kapitalismus** unseres Landes existierenden **Eigentumsformen**. Die beiden Hauptformen sind privates und öffentliches Eigentum, wobei bei dem dominierenden privaten das privatkapitalistische Eigentum bestimmend ist. Als Nebenformen existieren auch Genossenschaften und in bescheidenen Ansätzen Belegschaftseigentum.

- **Öffentliches** Eigentum kann staatliches, kommunales und Ländereigentum sein und wird von den jeweiligen Eigentümern so genutzt, wie es die konkreten politischen Kräfteverhältnisse hergeben.
 - **Privates** Eigentum kann individuelles Privateigentum oder solches in den verschiedenen Rechtsformen (AG, GmbH, OHG, GbR...) sein. Aber: Nicht jedes Privateigentum ist kapitalistisches Eigentum. (Auch nicht jeder Unternehmer ist Kapitalist und umgekehrt.) Das von einfachen Warenproduzenten und anderen Selbständigen, also von Unternehmern, die keine Lohnarbeiter ausbeuten, ist beispielsweise kein kapitalistisches Eigentum. Zwischen ihnen und den großen kapitalistischen Unternehmen gibt es fließende Übergänge, wozu auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen gehören.
2. Der im demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts gemäß Programmentwurf **angestrebte Eigentumstyp** ist durch Pluralität von Eigentumsformen gekennzeichnet, worunter demokratisch-sozialistische Formen - also **öffentliches**, genossenschaftliches und auch Belegschaftseigentum – die Priorität besitzen. Um diese Priorität zu erreichen, sollen **schrittweise auf der Grundlage des Grundgesetzes** und auf demokratische Weise privatkapitalistische Unternehmen in öffentliches Eigentum überführt bzw. rücküberführt (resozialisiert) werden. Das kann nur auf der Grundlage des Grundgesetzes erfolgen, wofür die Artikel 14 und 15 Grundsätze und Wege bestimmen. In welchem Umfang und in welchem Tempo das gelingt, hängt vom konkreten politischen **Kräfteverhältnis** ab; es liegt also an **uns**, für derartige Projekte viele **Verbündete** zu finden. Dass es dabei nicht nach dem Vollständigkeitsprinzip gehen kann, lehrt ein Blick auf das derzeitige und nächstens zu erwartende Kräfteverhältnis; und eine Lehre aus der DDR-Vergangenheit ist wohl auch, dass es unklug war, fast jegliches Privateigentum zu überwinden. Der Programmentwurf favorisiert dabei **strukturbestimmende** Unternehmen (nicht die oder alle) sowie Unternehmen, die für die Daseinsvorsorge der Bevölkerung lebenswichtig sind, und das Finanzsystem.
- Zu **strukturbestimmenden Unternehmen** gehören heute sicher die Energie- und Transportwirtschaft sowie vor allem Unternehmen, die Informations- und Kommunikationstechnologien entwickeln. Auch an einige (vor allem Print-) Medien sollte gedacht werden. (Medien als 4. Säule in der Gewaltenteilung)
 - Zur **Daseinsvorsorge der Bevölkerung** gehören u. a. die Wohnungswirtschaft, das Bildungswesen, die Ver- und Entsorgung mit Medien sowie die Infrastruktur.
 - Zum **Finanzsektor** heißt es m. E. im Entwurf richtig: „...dass er ein öffentliches Gut, seine Bereitstellung daher eine öffentliche Aufgabe (ist).“ Das Bankensystem ist im Entwurf so beschrieben, wie ich es unterstütze, wobei kleine Privatbanken von lokaler Bedeutung nicht zwingend sozialisiert werden müssen. Nicht erwähnt ist das Versicherungssystem dessen Sozialisierung auch eine programmatische Aufgabe ist.

Es ist wohl schlechthin „vergessen“ worden. (Der Staatshaushalt ist zu Recht nicht erwähnt; er ist ohnehin öffentlich.)

Für ganz wichtig halte ich die Feststellung im Entwurf, dass öffentliches Eigentum **keine Garantie**, sondern „nur“ eine **notwendige Bedingung** für seine Überlegenheit gegenüber privatem Eigentum ist. Auch und vor allem für öffentliches Eigentum gilt die Forderung des Grundgesetzes, dass Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen hat. Der Kampf um diese **Überlegenheit** gegenüber privatem Eigentum – im Kern geht es um höhere Arbeitsproduktivität - muss durch demokratisch organisierte Nutzung und Kontrolle des öffentlichen Eigentums organisiert und realisiert werden. Dann kann im Bereich des öffentlichen Eigentums **Gewinn** erwirtschaftet werden, der schließlich auch seiner erweiterten Reproduktion dient. So kann öffentliches Eigentum, öffentlicher Reichtum aus sich selbst heraus gemehrt werden, wachsen.

Höhere Produktivität führt auch zu **Freisetzung von Arbeitszeit**, die gesellschaftlich gerecht verteilt werden soll: Sicherung der Vollbeschäftigung bei sinkender gesetzlicher Arbeitszeit und vollem Lohnausgleich. Damit sollten wir populistischem **Arbeitsfetischismus** widersprechen. Wenn wir beispielsweise die Verringerung oder Einstellung von Rüstungsproduktion fordern, würden viele Beschäftigte freigesetzt. Im Sinne des CDU-Grundsatzprogramms „Sozial ist, was Arbeit schafft“ wäre das sogar asozial. Derartige Wertungen/Orientierungen sollte die LINKE auch nicht im Ansatz bedienen.

Auch mit demokratischer Einflussnahme und Kontrolle durch den Staat ist das Prinzip „Eigentum verpflichtet“ auch in privatkapitalistischen Unternehmen wenigstens im Ansatz durchzusetzen, wobei Steuer-, Antikartell- und Umweltgesetzgebung eine große Rolle spielen.

„Werbeblock“:

- Hinweis auf die Handreichungen unserer AGPB sind dem Internet zu entnehmen: _____, dann G/IG und dort AG Politische Bildung.
- Zwei Wortmeldungen von uns stehen Internet _____, dann Programm, dann Wortmeldungen)

Wenn noch Zeit bleiben sollte, was leider so war:

Hinweis auf K.Kippings Hinweise im ND vom vergangenen Montag:

- Überschrift/Schlagzeile („Nicht auf der Höhe der Zeit“) entspricht eher „BILD“-Niveau aber nicht dem eigentlich seriösen Inhalt.
- Inhaltliche Hinweise – Feminismus, bedingungsloses Grundeinkommen, Zusammenarbeit mit anderen Bewegungen wie Gewerkschaften, attac, Frauenbewegung... ist eine im Entwurf sicher „unterbelichtete“ Strecke.
- Ob das alles sich dann und wie auch immer im Programm wiederfinden wird, steht auf einem anderen Blatt; aber zu diskutieren ist es auf alle Fälle, und solche Fragen bereichern auch die Debatte sehr konstruktiv.